

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Juli 2017

Rundbrief Nr. 2/2017

Das Gemeinwohl muss in den Schulen Baden-Württembergs das Ziel bleiben – Privatisierungen sind kein Ausweg aus Schulmiseren

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,

zum ausklingenden Schuljahr 2016/2017 wenden wir uns erneut mit einem Rundbrief an alle Interessierte, Freunde und Kollegen.

In den Schulen unseres Landes war ruhigeres und sachorientierteres Arbeiten möglich, als wir nach den turbulenten Jahren 2011 bis 2016 erwarten konnten. Die Politik der neuen Kultusministerin hat unserer Meinung nach wertvolle Akzente gesetzt.

Indes darf sich niemand darüber hinwegtäuschen, dass bislang keine der grundlegenden Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung korrigiert wurde. Diese Fehlentscheidungen waren auch Weichenstellungen für das, was wir heute kritisch ansprechen möchten.

So haben wir uns zwar über das Anliegen der Ministerin, die Qualität des Unterrichts an den Schulen des Landes zu verbessern, sehr gefreut. Noch aber bleibt die Frage offen, wie diese Verbesserungen konkret bewerkstelligt werden sollen. Insbesondere: Welche Werteorientierung sollen die angestrebten Qualitätsverbesserungen haben? Soll es nur darum gehen, Fachkenntnisse und Fertigkeiten zu verbessern, oder auch darum, die Erziehungs- und Bildungsziele der Landesverfassung und des Schulgesetzes wieder ins Zentrum zu rücken?

Viele am Schulleben Beteiligte bestätigen, dass die vergangenen Jahre (auch schon vor 2011) keine guten Jahre für die Schulen Baden-Württembergs waren. Ein mit grundsätzlichen Überlegungen verbundener Bericht über den Stand der geschichtlich-politischen Bildung baden-württembergischer Abiturienten (Anlage 1) veranschaulicht, was wir meinen, wenn wir von einem alarmierenden Bildungsabbau an unseren Schulen sprechen. Dieser wird nicht alleine dadurch zu korrigieren sein, dass in der Grundschule wieder mehr Zeit für richtiges Lesen, Schreiben und Rechnen verwendet wird – so unverzichtbar diese Grundlagen für alle weiteren Schritte des Lernens auch sind.

Hinzu kommen Entwicklungen in einem größeren Rahmen, die auch unser Land betreffen. Wir meinen Entwicklungen, die schon seit geraumer Zeit bedeuten, dass unsere Schulen immer mehr nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert werden, so wie wir sie aus der gewinnorientierten Privatwirtschaft kennen, und dass es auch Bestrebungen gibt, den direkten Zugriff privater, gewinnorientierter Unternehmen auf unsere Schulen auszuweiten und zu vertiefen.

In seltener Offenheit berichtete die Schweizer Wochenzeitung «NZZ am Sonntag» am 14. Juni 2017 unter der Überschrift «Die Schonzeit ist vorbei» (Anlage 2) darüber, wie in der Schweiz immer mehr private Firmen bislang staatliche Schulen übernehmen und im staatlichen Auftrag sowie mit staatlichen Geldern gewinnorientiert führen. Noch wichtiger ist derzeit aber, dass private, gewinnorientierte Unternehmen über die sogenannte Individualisierung und die damit fast zwangsläufig verbundene Digitalisierung des Unterrichts enormen Einfluss auf das Lernen unserer Schüler gewinnen: Sie dringen mit ihren Hard- und Softwareangeboten für das «individualisierte Lernen» immer mehr in unsere Schulen ein und wittern nicht zu Unrecht das ganz große Geschäft. Der Artikel schreibt: «Eine weltumspannende, gewinnorientierte Bildungsindustrie breitet sich aus. Analysten der Bank *Julius Bär* schätzen, dass **im globalen Bildungsmarkt in diesem Jahr [2017] bis zu 7,8 Billionen Dollar umgesetzt** werden, fast 40 Prozent mehr als 2013.»

So viel anders als in der Schweiz ist die Situation in Deutschland nicht. Hierzu passt das Positionspapier der *Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände* vom 28. Juni 2017

(Anlage 3), das auf die Formel «Wir fordern die totale Ökonomisierung des Schulbetriebes» gebracht werden kann. Die im Positionspapier geforderte «Selbstständige Schule» mit eigener Personalauswahl, Geldzuweisungen in Form eines Globalbudgets und eigenem «Qualitätsmanagement» wäre in der Tat ein großer Schritt hin zu einer Übernahme durch Private.

Ist es da verwunderlich, dass es eine Reihe von Stimmen gibt, die auch in der Anfang Juni 2017 beschlossenen Grundgesetzänderung ein Einfallstor für weitere Privatisierungen an unseren Schulen erkennen? Das Grundgesetz erlaubt es dem Bund künftig, finanzschwache Gemeinden auch bei den Kosten für den Bau, die Ausstattung und den Unterhalt von Schulen finanziell zu unterstützen. Schon Ende letzten Jahres wurde mit dem neuen «Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen» (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz) beschlossen, dass Gemeinden, die Bundeszuschüsse erhalten, private Investoren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen sogenannter *Öffentlich-Privater Partnerschaften* (ÖPP) beteiligen können – eine Verlockung gerade für finanzschwache Gemeinden. Mit der Grundgesetzänderung von Anfang Juni wird dies künftig auch für die Gemeindeaufgaben im Bereich der Schulen möglich sein.

Die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) des Kreisverbandes Böblingen hatte für den 21. Juni 2017 *Peter Hensinger* zu einem Vortrag über das Thema «Trojanisches Pferd «Digitale Bildung». Auf dem Weg zur Konditionierungsanstalt in einer Schule ohne Lehrer?» (Anlage 4) eingeladen. Im Vorspann heißt es: «Ein Vortrag zu den Bestrebungen von *Google, Apple, Microsoft, Bertelsmann* und der *Telekom*, die Bildung in die Hand zu bekommen.» Wir empfehlen Ihnen diesen Artikel sehr zur Lektüre, weil er komprimiert den Forschungsstand zusammenträgt, durchaus pointiert schlussfolgert und mit dem Mythos aufräumt, allein der «digitalen Bildung» müsse die Zukunft gehören. Zugleich gibt er Hinweise dafür, unter welchen Bedingungen digitale Medien sinnvoll in der Schule eingesetzt werden können.

Die Linie, über die «Neue Lernkultur» zur Digitalisierung und damit auch zur Privatisierung wesentlicher Bestandteile des Lernens an unseren Schulen zu kommen, ist auch in unserem Bundesland zu erkennen. Aber eine breite öffentliche Auseinandersetzung hierüber, die nicht an der Oberfläche bleibt, gibt es bislang nicht. Wenn private Unternehmen immer mehr darüber entscheiden, was und wie unsere Kinder und Jugendlichen in den Schulen lernen sollen, müssen alle Ampeln auf Gelb schalten. Die Folgen einer solchen Entwicklung müssen diskutiert werden. Immer mehr Bereiche von Erziehung und Bildung dem Gewinnstreben privater Unternehmen «anzuvertrauen», erscheint uns als hochproblematisch.

Helfen Sie deshalb bitte mit, dass eine breite Diskussion in Gang kommt. Die als Anlage beigefügten Texte sind es wert, gründlich studiert zu werden. Und wir hoffen sehr, dass Sie in den kommenden Ferienwochen die Zeit und das Interesse dafür finden. Über eine Rückmeldung würden wir uns freuen.

Wir verbleiben mit dem Wunsch, dass Sie sich in den bevorstehenden Ferien gut erholen und Kraft und Anregungen für die anstehenden Aufgaben im neuen Schuljahr sammeln können.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Anlagen:

1. «SOS geschichtlich-politische Bildung»
2. «Die Schonzeit ist vorbei»
3. «Qualität in Schulen verbessern – Baden-Württemberg wieder an die Spitze führen»
4. «Trojanisches Pferd «Digitale Bildung». Auf dem Weg zur Konditionierungsanstalt in einer Schule ohne Lehrer?»

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de.